

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : Israels Lebensrecht ; Araber... ; ...und Russen ; Revanchekrieg? ; Denket auch an Vietnam! ; Vom Kampf der schwarzen Amerikaner ; Die beiden Deutschland
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Buch. In einer Stunde von den vielen, die ich auf die Lektüre verwendete, lernte ich mehr über China als in einem ganzen Jahr, das ich dort zubrachte.

Han Suyin, Tochter eines chinesischen Vaters und einer belgischen Mutter, besitzt die seltene Gabe, die chinesischen Anschauungen einem westlichen Leser auf klare und überzeugende Weise zu präsentieren. Auf Jahren sorgfältiger Forschung beruhend, sind diese Bücher nicht bloss historisch aufschlussreich, sie werden darüber hinaus eine Quelle des Entzückens durch den poetischen Gehalt ihrer Schilderungen. Eine typische Stelle findet sich auf Seite 53, wo die Verfasserin auf das China von 1928 zurückschaut.

«Die Welt Chinas. Aber dieses China war eine Welt der Bettler, ein sterbender Kontinent, ein Kadaverland. Und doch weigerte sich dieser Leichnam, vollends zu verwesen. So oft hörte ich, Chinas Schicksal sei besiegelt. ‚Es ist aus mit China‘, hiess es. ‚Das ist das Ende‘ – ‚Es gibt keine Hoffnung mehr für China‘. Und dennoch wurde aus dieser vorhergesagten Agonie die zitternde Geburt eines neuen Lebens. Der unbestattete Tote trug den Neugeborenen in sich, und wir, die halb Erblindeten, die – immer wieder durch falsche Versprechungen und lügnerische Propheten verleitet – das Licht suchten, durften die Verwandlung erleben, die wiederum auch uns verwandelt hat...

Ich blicke zurück auf das Jahr 1928, auf jene Zeit, da mein Onkel Liu, der Lolo mit seinem derben, dröhnenden Lachen rief: ‚Nur eine Handvoll Banditen in den wildesten Bergen von Kiangsi... Chu Teh und Mao Tsetung heissen sie‘. Als sei es gestern gewesen, höre ich noch immer diese Stimme, welche die Fensterscheiben erzittern liess.

Chu Teh, Mao Tsetung: Namen, die aus einer Welt von Bettlern eine Welt von Menschen gemacht haben...

Dieses Buch ist Pflichtlektüre für alle Freunde des neuen China, es sollte vor allem den Verantwortlichen für unsere (australische) so irrsinnige Ausserpolitik zum Studium vorgeschrieben werden.

C. E. S. aus «*News Bulletin*» (Februar 1967)
der «Australia-China Society»

WELTRUNDSCHAU

Israels Lebensrecht Wieder kann am Anfang dieses Überblicks über die weltpolitischen Ereignisse der letzten Wochen nicht der Kampf um die Unabhängigkeit des vietnamesischen Volkes stehen, sondern nur der Kampf um das Lebensrecht von Volk und Staat *Israel*. Der fast zu vollkommene Sieg der israelischen Waffen über die vereinigten Armeen der Ägypter, Syrer und Jordanier hat tatsächlich eine neue Lage im Nahen Osten geschaffen, eine Lage, die noch voller tödlicher Gefahren für Israel ist, aber zu nichts anderem führen darf als zur endgültigen Anerkennung und Sicherung des Lebensrechts und der freien Entwicklung Israels.

Man hört und liest jetzt zwar verdächtig viel Beteuerungen westlicher Politiker, Zeitungsschreiber und Radiosprecher, wie sehr ihnen das Lebensrecht Israels am Herzen liege. In Wahrheit ist das aber bei nur allzu vielen von ihnen blosser Lippendienst – auf gut deutsch: reine Heuchelei, das heisst (nach dem bekannten französischen Wort) Verneigung des Lasters vor der Tugend. *Vor* Tisch las man's anders. Noch als es vollkommen klar war, dass Nasser und sein Gefolge darauf ausgingen, jetzt den Anfang zur «Endlösung der Judenfrage» zu machen (die Hitler nicht gelungen ist), setzten sich in Westeuropa und Amerika zahllose «Realpolitiker» dafür ein, dass Israel sich nicht wirksam gegen die immer engere Zuschnürung der arabischen Würgeschlinge zur Wehr setzen dürfe. Weltklug und womöglich gar noch mit missbrauchten pazifistisch-antimilitaristischen Schlagworten verlangten sie – nicht von den Arabern, sondern von den Israeli – eine friedliche Lösung ihres Konfliktes mit ihren so wohlmeinenden Nachbarn, die nur um *ihr* Lebensrecht gegen den israelischen «Imperialismus» und dessen amerikanisch-britische Hintermänner kämpften. Als dann die Araber am 5. Juni, morgens um acht Uhr, mit Flugzeugen und Panzern israelisches Gebiet in der Nähe des Hafens Eilat angriffen und die israelische Armee, die das erwartet hatte, sofort den vorbereiteten Gesamtschlag gegen Ägypten führte, da ging es durch die Reihen dieser «Friedensfreunde» wie ein Lauffeuer: israelischer Angriffskrieg, Präventivaktion, unverantwortliche Verletzung der obersten Grundsätze der Organisation der Vereinten Nationen! Und erst recht die Sowjetunion samt ihren Gefolgsstaaten und den ihr immer noch hörigen kommunistischen Parteien des Westens, eingeschlossen diejenige der Schweiz, spielte sich als *die* grosse Weltfriedensmacht auf, die Israels «Kriegsgeist» aufs heftigste verdammt. Ausgerechnet die Satzung der UNO wurde angerufen, gegen die sich Israel vergangen habe, der gleichen UNO, die in Wirklichkeit während der Vorbereitung des arabischen Vernichtungskrieges geschwiegen und völlig versagt hatte, während die westlichen Grossmächte unter dem erpresserischen Druck der Sowjetregierung eiligst ihre Neutralität «im Denken, Reden und Handeln» verkündeten, also Israel – sagen wir's nur ohne Scheu – glatt verrieten.

Wir sind hier in den «Neuen Wegen» grundsätzliche Gegner kriegsrischer «Lösungen» von Völkerkonflikten. Davon erwarten wir keine wirklichen, endgültigen Ergebnisse. Aber die damals Israel zum Verzicht auf militärische Gegenwehr in diesem Kampf um Leben und Tod rieten, die *glauben* an die Gewalt der Waffen, sehr betont namentlich auch die Sowjetunion und ihre Verbündeten und Anhänger im Westen. Wenn *die* Israel zur «Friedfertigkeit» aufforderten, so hiess das ganz einfach, dass Israel hätte vor Nasser, Schukeiri und den anderen Vernichtungskriegern kapitulieren sollen. Das wäre nicht Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit und «Mässigung» gewesen; es wäre Selbstmord und charakterlose Entmannung gewesen. Sogar Gandhi sagte ja immer wieder, wenn nur die Wahl zwischen feiger Nachgiebigkeit und militärischem Widerstand stehe, so empfehle er selbstverständlich den Widerstand.

Was in den ersten Junitagen Widerstandslosigkeit für die Israeli bedeu-

tet hätte, wie es die «Realpolitiker» und natürlich noch viel mehr die Kommunisten (die Nasser unbedingt freie Hand lassen wollten) predigten, das sprach damals mit dankenswerter Klarheit der Londoner «New Statesman» (2. Juni) aus. In einem Leitartikel «Araber, Israeli und Moral» kennzeichnete das unabhängig-sozialistische Blatt die schmähhliche Haltung der führenden Staatsmänner des Westens und Ostens als klassische *Beschwichtigungspolitik*, wie sie so lang, bis es zu spät war, angesichts der Kriegs- und Eroberungsdrohungen Hitlers getrieben wurde. Nasser und seine Freunde wären durch israelisches Einlenken nur mächtig ermutigt worden. Was sie ohne Schwertstreich bereits errungen hätten, eingeschlossen die Blockade des israelischen Seeweges nach dem Süden und Osten, wäre «zum Bestandteil eines neuen Status quo geworden, und wer diesen in Frage gestellt hätte, wäre in die Rolle des Angreifers gedrängt worden – bis zur nächsten Forderung Nassers». «Was vor allem begriffen werden sollte», so betonte das Blatt, «das ist, dass die arabischen Forderungen unbegrenzt sind. Sie hören nicht mit Grenzbereinigungen oder mit der Rückkehr der Flüchtlinge auf; ihr offen eingestandenes Ziel ist die Zerstörung des Staates, der auf der anderen Seite der Waffenstillstandslinie als ‚jüdisch besetztes Palästina‘ bezeichnet wird.»

Nichts ist klarer als dieser Sachverhalt. Und wenn nun immer gesagt wird, israelischer Widerstand gegen die Vernichtungsabsichten der Araber habe nur die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwören müssen, so ist das die gleiche Unwahrheit, mit der die Beschwichtigungspolitik zur Zeit Hitlers begründet wurde. Nein, da hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund ganz recht, wenn er in einer Sympathiekundgebung für Israel feststellte, «dass der Ausbruch dieses Konfliktes, der über zahllose Menschen die Schrecken und das Elend des Krieges brachte, hätte vermieden werden können (und damit auch jede Gefahr eines Weltkrieges, H. K.), wenn die UNO und die Grossmächte den Kriegsvorbereitungen und der Hetzkampagne gegen Israel, dem offen die Vernichtung angedroht wurde, rechtzeitig und entschieden entgegengetreten wären». Weil sie das *nicht* taten, hat niemand ein Recht, Israel zu verurteilen und es als kriegslüstern und gewaltgläubig zu brandmarken, nur weil es im allerletzten Augenblick die Würgeschlinge, die sich um seinen Hals gelegt hatte, zerriss und sich zum Weiterleben befreite. Ein guter Freund der «Neuen Wege» schreibt mir denn auch aus Israel als seine Überzeugung, dass die fast metaphysisch zu nennenden Kräfte des Hasses und der Zerstörung, die gegen Israel entfesselt wurden, nicht mit wohlmeinenden Punktprogrammen und Ratschlägen gebändigt werden könnten. «Es ist», so sagt er, «nur *eine* Instanz, der sich die oben geschilderten Kräfte beugen: harte reale Tatsachen. Ins Politische übersetzt heisst das: Machtentfaltung. Sie müsste nicht kriegerisch sein. Rechtzeitig ausgeübt, hätte sie seinerzeit Hitler in die Schranken gewiesen und uns den Zweiten Weltkrieg erspart. Rechtzeitig hätte sie auch diesen Krieg verhindern und einen arabisch-israelischen Ausgleich herbeiführen können. Aber wenn sich die grossen Weltmächte gegenseitig paralysieren, weil sie sich gegenseitig die Einflusszonen abgraben wollen, dann kommt es so, wie es kam.»

Araber . . .

Werden sich aber die arabischen Staaten – das heisst vor allem ihre Führer; denn das Volk hat in ihnen nirgends etwas zu sagen – den «harten realen Tatsachen» beugen, die der katastrophale Zusammenbruch des geplanten Vernichtungskrieges gegen Israel geschaffen hat? Einen Augenblick lang sah es wirklich so aus, als wolle der Hauptschuldige, der in einem Prozess um den Israelkrieg vor Gericht gestellt werden müsste, *Abdel Nasser*, wenigstens für seine eigene Person die Folgerungen aus seinem verbrecherischen Leichtsinn ziehen, als er seinen Rücktritt vom Amt des ägyptischen Staatspräsidenten erklärte. Aber der alte Komödiant zeigte sich gleich wieder auf der vollen Höhe seines Demagogentums. Er führte schon am anderen Tag eines der politischen Spektakelstücke auf, in denen er Meister ist, und liess sich «kraft des Willens der Volksmassen», die ihm begeistert folgten, unter Schluchzen erneut in seinem Führeramt bestätigen. Ja, er ernannte sich inzwischen auch noch zum Ministerpräsidenten und zum Generalsekretär der Einheitspartei und leitete eine Säuberung der Armee wie des Staatsapparates von denjenigen Würdenträgern ein, die er als Sündenböcke für sein eigenes Verschulden ausgesucht hatte . . .

Gleichzeitig heizte Nasser den «moralischen» Feldzug gegen Israel neu an. Er erfand die sogar als «entscheidend» ausgegebene Mitwirkung amerikanischer und britischer Flugzeuge bei der Führung des israelischen Luftkrieges, beschuldigte Israel, die versprengten ägyptischen Soldaten zum Dursttod in der Sinaiwüste verurteilt zu haben (während die israelische Armee alles tat, um sie zu retten, aber eben für diejenigen Ägypter, die sich nicht gefangennehmen liessen, keine Verantwortung übernehmen konnte), behauptete – sicher gegen besseres Wissen –, dass Israel seinen Sieg auch der Anwendung von Napalmbomben nach amerikanischem Vorbild zu verdanken habe, usw., usw. Und die ganze arabische, ja weithin auch die kommunistische Welt machte sich diese Behauptungen kritiklos zu eigen. Es gibt Beobachter, die Nassers Stellung innerhalb des Arabertums und den Zusammenhalt der arabischen Staaten im «kalten» Krieg gegen Israel dank dieser hemmungslosen Propaganda eher noch als gefestigt anstatt durch den Zusammenbruch des bewaffneten Krieges erschüttert erklären. Wie lang die arabischen Völker, die von ihren Verführern so grausam auf die Schlachtbank gezerzt wurden, sich von dem neuen Lügennebel die freie Sicht auf die Tatsachen rauben lassen, steht dahin. Man denkt immerhin an das wohlbekannte Wort, dass sich alle Menschen eine Zeitlang und viele Menschen die ganze Zeit anlügen lassen, aber nicht alle Menschen alle Zeit. Und was man jetzt von der nicht erst durch den verlorenen Krieg *zerrütteten Wirtschaftslage der Araberstaaten* hört, bestärkt uns nur in unserer schon vor Ausbruch des Nahostkrieges geäusserten Überzeugung, dass für die arabischen Führer das Bedürfnis, ihre Völker von ihrer Elendslage weg auf den «äusseren Feind» hinzulenken, bei der propagandistischen Vorbereitung des Krieges gegen Israel eine wichtige Rolle gespielt hat. Nach allen Berichten, die mir zugänglich sind, ist besonders *Ägyptens* Wirtschaft schwer krank. Das Land ist überbevölkert; Arbeitslosigkeit und Teuerung lasten drückend

auf den sowieso schon verarmten unteren Klassen; die Zahlungsbilanz ist beunruhigend passiv; der Siebenjahrplan der Regierung ist gescheitert; die Industrialisierung stockt; der Fremdenverkehr geht zurück – kurz, auf dem *bisherigen* Weg geht es mit der ägyptischen Wirtschaft nicht mehr vorwärts, ja es geht mit ihr dauernd rückwärts. Und nun der verlorene Krieg mit den neuen Belastungen «der Wirtschaft», das heisst vor allem der breiten, sozial tiefstehenden Volksschichten! Man sollte meinen, in Ägypten habe man jetzt anderes zu tun, als den «kalten» Krieg gegen Israel erst recht in Gang zu bringen und sich mit Hilfe der «guten Freunde» im Sowjetblock besser als bisher auf einen weiteren – den vierten – heissen Krieg zu rüsten! Und in den anderen arabischen Ländern sind die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse auch nicht viel besser – Grund genug, statt der Vernichtung Israels endlich die *Zusammenarbeit* mit ihm zu suchen für die planmässige wirtschaftliche und geistige Entwicklung der Staaten des Nahen Ostens und für die Emporhebung ihrer Bevölkerungen auf die Stufe eines menschenwürdigen Lebens, wie es sich Israel schon längst erkämpft hat.

. . . und Russen

Wenn es mit rechten Dingen zuginge, hätte die Sowjetunion und ihre Gefolgschaft auf *dieser* Linie die Nahostfrage zu lösen mithelfen müssen. Aber nein, die Sowjetpolitik setzt auf den allarabischen Nationalismus, der das Bestehen eines selbständigen Staates Israel ausschliesst, und hat jetzt in ihrer tiefen Enttäuschung über den siegreichen Abwehrkampf Israels dem «Zionismus» tödliche Rache geschworen. Ihr hauptsächliches Propagandaschlagwort ist dabei: Israel steht *im Dienst des amerikanisch-britischen Imperialismus*; darum der vorbedachte Angriffskrieg gegen die aufstrebenden arabischen Völker; darum (wie die «Pravda» am 16. Juni schrieb), der «Zynismus» und die völlige «Missachtung der Normen der menschlichen Moral und der elementaren Grundsätze», womit «die von völligem Wahnsinn irregeführten Aggressoren sich gegenüber den gefangengerommenen (arabischen) Soldaten benehmen».

Ich habe bereits in der Juni-Rundschau das Nötige über den Vorwurf der Dienstbarkeit Israels gegenüber dem westlichen Imperialismus gesagt. Hinzugefügt sei gleichwohl, dass das Totschlagwort vom israelischen Imperialismuskrieg tatsächlich weitherum eine – von seinen Verbreitern raffiniert-demagogisch berechnete – Wirkung ausübt. Sogar in Ländern und in Kreisen, die es wahrhaftig besser wissen sollten, verlieren nicht wenige Menschen sofort alle Besinnung und alles Rechtsempfinden, wenn es ihnen souffliert wird. Man kann da ganz merkwürdige Sachen erleben . . . Wieviel mehr wirkt es auf die ganz ungenügend aufgeklärten Volksmassen Asiens und Afrikas und auf ihre Politiker, die damit unbesehen operieren. Auch ein sonst so massvoller und besonnener Mann wie Präsident Nyerere von Tansania sagte letzthin, Israel habe wohl ein Daseinsrecht, aber es sei eben doch die «Speerspitze westlich-imperialistischer Feindseligkeit gegenüber der arabischen Welt». John Hatch bemerkt dazu im «New Statesman» (9. Juni), dieser Vorwurf gründe sich «auf den zwanzigjährigen Argwohn, dass die jüdische Ansiedlung in Palästina der europäischen Besetzung von Kolonial-

ländern gleiche; dass die arabischen Flüchtlinge ebenso enteignet seien wie die Afrikaner in Rhodesien; und dass Israel vom Westen aufgerüstet worden sei, um diejenigen arabischen Staaten zu unterwühlen, die auf eine soziale, kolonialfeindliche Revolution hinstrebten.»

Man kann diesen Argwohn verstehen – aber berechtigt ist er dennoch nicht. Für Israel handelte es sich bei seinem Zusammenstoß mit den arabischen Staaten in gar keiner Art und Weise um die auch nur unbewusste Vertretung kolonial-kapitalistischer Interessen, sondern ganz einfach um die Verteidigung seines elementaren Lebensrechtes. Es ist gewiss nicht von *unbedachter* Anlehnung an den kapitalistischen Westen freizusprechen; wir wiederholen das ungescheut. Aber die Sozialisten in den arabischen Ländern und noch viel mehr die Sowjetpolitiker haben sträflich versäumt, im Bund mit einem sozialistisch ausgerichteten Israel den Kampf gegen den westlichen Imperialismus im Nahen Osten zu führen, den *wirklichen* Klassenkampf (wenn man schon, wie es die Kommunisten tun, diesen Begriff auf den Nahen Osten anwenden will). Soweit sich nahöstliche Regierungen in den Dienst westlicher Kapitalinteressen stellten, so gehörte dazu nicht diejenige Israels, sondern es waren die Regierungen Jordaniens, Saudiarabiens, Persiens usw. Israel ist jedenfalls höchst ungerechterweise das Opfer des Hasses der unterentwickelten Völker Asiens und Afrikas gegen die europäisch-amerikanische Ausbeutung ihrer Naturschätze und ihrer Arbeitskräfte geworden. Und wir sollten wahrlich diese weltgeschichtliche Ungerechtigkeit nicht auch noch mitmachen, sondern uns gegen sie mit unserer ganzen inneren Kraft auflehnen.

Was die *Sowjetpolitik* im besonderen betrifft, so spielt sie ein ebenso schändliches wie verwickeltes Spiel. Fest steht von vornherein, dass es Moskau war, das Nasser zum Losschlagen gegen einen angeblich von Israel vorbereiteten Marsch auf Damaskus ermutigte. Wie aber ein ungenannter, aber hoher sowjetischer Beamter einem Mitarbeiter des Pariser «Nouvel Observateur» (siehe dessen Nr. 135) versicherte, haben die Russen «Nasser wissen lassen, dass wir uns nur verpflichteten, die Vereinigten Staaten in Schach zu halten (neutraliser) – das heisst, dass wir jeden Krafteinsatz, den Washington vornähme, mit einem gleichartigen Einsatz beantworten würden, dass unsere Unterstützung aber nicht darüber hinaus gehen würde».

Das war die erste Stufe. Die zweite war – nach derselben Quelle – ein Versuch zur Verständigung zwischen Moskau und Washington. Um ihre Ölinteressen in Arabien und ihre politischen Stellungen in Jordanien zu wahren, hätten die Amerikaner einen Vergleich zwischen Israel und Ägypten im Streit um die Schifffahrt in der Akababucht vorgeschlagen. Israel hätte durch eine sehr gewichtige amerikanische Wirtschaftshilfe entschädigt werden sollen, und die Vereinigten Staaten wären bereit gewesen, im Einklang mit der Sowjetunion einen grosszügigen Entwicklungsplan für alle Länder der arabischen Welt zu verwirklichen. Die Sowjetregierung zeigte sich diesem Vorschlag gegenüber nicht ablehnend, aber doch zurückhaltend. Israel hingegen ging auf den Handel nicht ein – das gleiche Israel, das jetzt als Werkzeug des amerikanischen Imperialismus hingestellt wird!

Offenbar – das muss man aus den Mitteilungen des sowjetischen Diplomaten folgern – war man in Moskau über diese Unbotmässigkeit Israels sehr verärgert und beschuldigte Washington, keinen genügenden Druck auf Israel ausgeübt zu haben, wie ihn Moskau auf Ägypten ausgeübt haben soll. Die Sowjetunion konnte aber gegen dieses Versagen der USA nichts machen, wenn es einen militärischen Zusammenstoss mit Amerika vermeiden wollte – und das wollte sie eben unter allen Umständen. Das Ergebnis war, dass Israel, ganz auf sich selber angewiesen, den arabischen Erwürgungsversuch mit dem umfassenden Gegenschlag beantwortete und Sieger blieb, die Sowjetunion aber, die auf das falsche Pferd gesetzt hatte, statt eines grossen politischen Erfolges im Mittelmeerraum und in der arabischen Welt eine schmerzende Niederlage einstecken musste und nun alle Mühe hat, die arabische Enttäuschung über die ausgebliebene militärische Unterstützung von seiten Moskaus zu überwinden, indem es die wildesten Anklagen gegen die Vereinigten Staaten und ihr «Werkzeug» Israel schleudert.

Revanchekrieg?

Die Sowjetregierung macht aber nicht nur die unmöglichsten Anstrengungen, um ihre schwer enttäuschten arabischen Freunde mit wütenden *Reden* gegen Israel und Amerika-England zu beschwichtigen; sie ist offenkundig entschlossen, den *Taten* auch die *Taten* folgen zu lassen. Moskau setzt tatsächlich alles daran, seine jetzt dem Zusammenbruch nahe Stellung im Mittelmeerraum und im Nahen Osten neu aufzubauen und uneinnehmbar zu machen. Nicht zuletzt hat dazu die *erste chinesische Wasserstoffbombe* beigetragen, die im wörtlichen und bildlichen Sinn in die Eröffnungssitzung der ausserordentlichen Generalversammlung der Vereinten Nationen hineingeplatzt ist. So fern China auch den arabischen Staaten liegen und so gering sein unmittelbarer Einfluss auf den Fortgang des Kampfes gegen Israel sein mag: man weiss in Westasien und Nordafrika auf jeden Fall, dass China zu keinerlei «Ver-rat» an der arabischen Sache fähig wäre, wie die Araber ihn jetzt der Sowjetunion vorwerfen. Die Sowjetregierung muss schon aus diesem Grund ihre Tonart und realpolitische Haltung gegenüber Amerika verschärfen, also von der Koexistenzpolitik, die sich in Moskau selber noch keineswegs allgemein durchgesetzt hat, deutlich abrücken. Den überzeugendsten Beweis dafür, dass die Sowjetunion den «Fehler» einsieht, den sie vor dem Ausbruch des israelisch-arabischen Krieges mit ihrem Verzicht auf Hilfe an die Araber auch gegen die Vereinigten Staaten in den Augen der Araber gemacht hat, ist eben die planmässige *Neuaufrüstung Ägyptens* und seiner Gefolgsstaaten für die vierte Runde im heissen Krieg gegen Israel.

Und diese Neuaufrüstung ist tatsächlich bereits in vollem Gang. Demonstrativ lässt Moskau wissen, dass es die Waffen- und Materiallieferungen an Ägypten aufs neue in grossem Massstab begonnen hat. Der Verlust der 500 sowjetischen Flugzeuge und der 800 sowjetischen Panzer, den Ägypten im zweiten Sinaikrieg zu beklagen hatte, soll schleunigst wiedergutmacht und darüber hinaus die ägyptische Armee auch organisatorisch und ausbil-

dungsmässig «auf die Höhe» ihrer Aufgabe gebracht werden*. Hunderte russischer «Touristen» bevölkern bereits die ägyptischen Hotels, und Nasser ist nur zu froh, den sowjetischen Fachmännern die Neugestaltung seiner Armee zu überlassen, deren Führern er ihr (allerdings geradezu leichtsinniges) Versagen so bitter vorwirft. Der früher erwähnte hohe Moskauer Beamte sagt es (nach dem «Nouvel Observateur») ganz offen: «Die Israeli haben tatsächlich den Arabern den Weg gewiesen, den sie gehen müssen: eines Tages überraschend als erste und mit der Luftwaffe gegen das winzig kleine und besonders verwundbare Israel zuschlagen... Wir werden gleichzeitig, und namentlich bei der jungen arabischen Generation, eine unaufhörliche Propaganda gegen alle Feiglinge, Opportunisten und mit den Anglo-Amerikanern verbundenen Elemente führen, die sich bereit zeigen werden, mit Israel zusammenzuarbeiten... Es gibt nur *eine* Grossmacht, die den Arabern helfen könnte, nach dem Zusammenbruch, den sie erlitten haben, wieder in die Höhe zu kommen: die Sowjetunion. Man mag mir sagen, dass der Hauptgewinner bei dieser Krise Mao Tse-tung sei. Aber jedenfalls – im Ernst gesprochen –: wer kann Ägypten und Syrien aus dem Wespennest herausholen und für den Anfang ihnen eine neue Luftwaffe aufbauen? Sind das die Chinesen?»

Vorderhand führt die Sowjetunion nur ihren Propagandakrieg gegen Israel, dessen Lebensrecht mit trügerischen Worten anzuerkennen sogar Kosygin sich bei seinem Besuch in Amerika nicht schämte. Als Schauplatz dieses Krieges hat die Moskauer Regierung vornehmlich die *Generalversammlung der UNO* gewählt, nachdem ihr Vorstoss im Sicherheitsrat gescheitert ist – dies, obwohl sich früher die Sowjetunion nicht genug darüber entrüsten konnte, dass es Amerika war, das den durch Russlands Veto gelähmten Sicherheitsrat durch die Anrufung der Generalversammlung zu umgehen verstanden hatte. Wenn zwei dasselbe tun, ist es eben auch hier nicht das gleiche... Was bei den endlosen Redereien in Neuyork an greifbaren Vorschlägen herauskommen wird, steht im Augenblick, da ich schreibe, noch aus. Viel ist es sicher nicht, kann es nicht sein. Die sowjetische Forderung an Israel, es solle seine Truppen auf ihre Ausgangslinien zurückziehen, ist von vornherein eine dumm-dreiste Zumutung; welche Macht auf Erden sollte auch Israel ausgerechnet jetzt militärisch in eine Stellung zurückdrängen können, in der es seinen Feinden – die durch Erfahrung gewitzigt wären – endlich möglich wäre, ihm die am 5. Juni schon halb zugezogene Würgeschlinge vollends ganz zuzuziehen? Aber auch mit dem amerikani-

* Die von den Ägyptern im Sinaigebiet zurückgelassene Kriegsausrüstung sowjetischer Herkunft wird auf einen Wert von nicht weniger als zwei Milliarden Dollar (fast neun Milliarden Schweizer Franken) geschätzt. Nach israelischen Ermittlungen – und der israelische Nachrichtendienst ist erstklassig – hat die Sowjetunion seit 1955 den arabischen Staaten 2000 Panzer geliefert, die Hälfte davon allein an Ägypten, dazu 700 moderne Kampf- und Bombenflugzeuge und in letzter Zeit sogar Bodenraketen. Auch 14 Unterseeboote und 46 Torpedoboote erhielt Ägypten von der Sowjetunion. Die russischen Militärführer sind wütend darüber, dass all diese Kriegslieferungen völlig unnütz waren, und dringen heftig darauf, dass solch ein Verlust «das nächste Mal» nicht mehr vorkomme...

schen Gegenvorschlag, der die USA-Interessen sowohl in Israel als in den arabischen Ländern sichern will, ist wenig genug anzufangen, so wenig wie mit allen anderen Befriedungsplänen, wo immer sie auch ausgeheckt werden mögen. Es steht hinter keinem von ihnen eine Macht, die instand wäre, sie zu verwirklichen, also sie beiden Parteien aufzuzwingen.

Das einzige Gute hat die UNO-Debatte: sie zeigt die Charakterlosigkeit der östlichen und westlichen Politiker, die alle, alle «für das Lebensrecht Israels» sind, im vollen Licht, handle es sich nun um die Vereinigten Staaten oder England, um de Gaulles Frankreich (das Israel als eines Angriffskrieges schuldig erklärt) oder um Italien, um Indien oder Argentinien. Israel hat tausendmal recht, wenn es sich nicht auf solch falsche Freunde verlässt und statt dessen seine Absicht verfolgt, mit den arabischen Staaten einzeln und unmittelbar zu verhandeln, sobald sie dazu bereit sind. Auf alle absehbare Zeit kann man das freilich nicht erwarten; das Gefühl der tödlichen Kränkung und Erniedrigung, das die von ihren Regierern betrogenen arabischen Völker haben, ist noch viel zu stark und tief und wird von diesen Regierern nun erst recht aufgepeitscht. Es wird noch viel Wasser den Jordan und den Nil hinunterfliessen, bis moralische Brücken vom einen Ufer zum anderen gebaut werden können.

Das eine muss aber hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Israels Lebensrecht, seine Anerkennung und Sicherstellung als unabhängiger Staat kann *so, wie die Dinge tatsächlich liegen*, nicht durch Schwächung seiner militärisch starken Stellung erreicht werden, nicht dadurch, dass man es – wie man zu sagen pflegt – um die Früchte seines Sieges prellt. Das sage ich gerade als einer, der weiss, dass der Weg militärischer Friedenssicherung nicht der Weg Jesu ist, zu dem wir uns bekennen. Aber man sage mir, wie anders man diesem auf die unmenschlichste Art geschundenen, gemordeten, zertretenen Volk seine endlich gefundene Heimstätte sichern kann als dadurch, dass man ihm «*reale Garantien*» dafür gibt. Dass es dabei nicht bleiben kann, habe ich schon vor Kriegsausbruch an dieser Stelle klar gesagt und wiederhole es jetzt nicht. Aber als erste Bedingung für die Sicherstellung von Israels Lebensrecht muss ihm die Nutzbarmachung der von ihm gewonnenen Pfänder bei kommenden Verhandlungen unbedingt zugestanden werden, auch wenn über Recht und Unrecht seiner Forderungen im einzelnen gestritten werden kann und obgleich Israels Blitzsieg jetzt von unseren Militärgläubigen als Beweisgrund für die Möglichkeit und Notwendigkeit einer *schweizerischen* Landesverteidigung mit militärischen Mitteln missbraucht wird.

Hätte sich Israel in der Junikrise auf die «guten Ratschläge» seiner westlichen Beschützer eingelassen und arabische Kriegshandlungen, wie die Sperrung des Zugangs zum Hafen Eilat und die Einbrüche syrischer Kommandos nach Galiläa, mit der Bereitschaft zu Friedensverhandlungen beantwortet – es wäre ebenso sicher «ausradiert» worden wie die selbständige Tschechoslowakei und das selbständige Österreich zur Zeit Hitlers. Und die anderen Länder, die vom Dritten Reich dann offen angegriffen wurden, wären ohne jeden Zweifel die Beute Hitlers geworden, wenn sie sich nicht in letzter

Stunde ermannt und zu gemeinsamer Abwehr zusammengeschlossen hätten. Für eine *friedliche* Rettung war es bereits zu spät geworden. Die hätte früher kommen müssen und wäre auch wirklich gekommen, wenn die westlichen Regierungen rechtzeitig verstanden hätten, was die Sowjetregierung damals verstanden hatte: dass nur der Einsatz unkriegerischer, aber entschlossen gehandhabter Machtmittel gegen den deutschen Kriegswillen einen zweiten Weltkrieg vermeiden könne.

Ähnlich war es nun im Fall Israel. Die Stunde der Rettung Israels *ohne* Waffengewalt war durch Schuld der Westmächte bereits verpasst. Jetzt stand die Wahl nur mehr zwischen schrittweisem Nachgeben, mit der Auslöschung Israels als unabhängiges Gemeinwesen als Endergebnis, und bewaffneter Abwehr, die aufs Ganze ging. Wer also heute, hintendrein, Israels Entschluss, sich zu wehren, verurteilt und ihm predigt, es dürfe seine militärische Überlegenheit nicht zum Zweck seiner endgültigen Anerkennung und Sicherung gebrauchen, der verrät damit nur, dass er Israels tödliche Bedrohung durch die Araber nicht ernst nahm oder ihre Abwehr überhaupt nicht wollte. Man höre darum auch auf, uns ölig auseinanderzusetzen, dass es mit dem militärischen Sieg Israels nicht getan sei und dass jetzt erst die entscheidende Aufgabe komme: die Abtragung der Hassgefühle auf beiden Seiten und die Eingliederung Israels in die nahöstliche Völkerwelt mit dem Ziel gemeinsamer – und von den UNO-Ländern grosszügig geförderter – Überwindung von Armut, Hunger, Unwissenheit und frühem Tod im Orient. Das sind Gemeinplätze. Die Voraussetzung für solche Zukunftsarbeit ist und bleibt aber der Sieg Israels in seinem *militärischen* Existenzkampf. Diesen Sieg missgönnen den Israeli jene Kritiker und Prediger, die ich meine. Hätten die *Araber* gesiegt, so hätten diese Leute höchstens die Achseln gezuckt und ein paar Krokodilstränen über den Untergang des Judenstaates vergossen...

Trotz allem, was gegen Israels Waffensieg und seine Nutzbarmachung gesagt werden mag, heisst es deshalb: fest bleiben in der Zurückweisung der Lüge, dass Israel, wie neuerdings auch wieder das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion behauptet, einen Angriffskrieg geführt habe, und gar noch auf Grund «eines Komplotts der reaktionären Kräfte des internationalen Imperialismus mit den Vereinigten Staaten an der Spitze», eines Komplotts, das gegen die arabische Vorhut der revolutionären sozialistischen Bewegung im Nahen Osten gerichtet gewesen sei. Es ist aber traurig, dass sich diese Lüge auch in sonst wachsame, nicht auf kommunistische Losungen eingeschworene Kreise westlicher Länder eingefressen hat. Man wird es hoffentlich erleben, dass sich auch hier die Wahrheit gegen sowjetische Verleumdung durchsetzen wird und dass die schwere Einbusse an Ansehen, die Moskau im Jahre des «grossen» Jubiläums der Russischen Revolution von 1917 erlitten hat, eine *bleibende* Entfremdung des nicht-kommunistischen, aber radikalen Sozialismus von sowjetischer Demagogie und Machtpolitik bewirkt hat.

Denket auch an Vietnam! Über dem Nahostkrieg haben wir – mindestens im Anfang – gewiss viel zuwenig daran denken können, dass im *Fernen Osten* seit Jahr und Tag der *Vietnamkrieg* weiterwütet. Jetzt, wo die Waffen im Nahen Osten schweigen, drängt sich uns indessen mit verdoppelter Stärke die Tatsache wieder ins Bewusstsein, dass nach den letzten Verstärkungen fast eine halbe Million Amerikaner – genau 462 000 Mann – in Vietnam eingesetzt sind, um das durch und durch volksfeindliche, verderbte Regime Südvietnams zu retten. Gerettet werden sollte Südvietnams Regime angeblich vor dem als das Böse schlechthin bezeichneten Kommunismus, tatsächlich aber vor einer recht wenig «extremistischen» Volksbewegung, die alles in allem recht wenig echt kommunistische Ziele verfolgt, so sehr sie auch ganz natürlicherweise Hilfe und Verständnis besonders bei den nordvietnamesischen Kommunisten suchen musste, die ihrerseits alles andere als doktrinäre Fanatiker und erst recht nicht Gefolgsleute Chinas sind.

Wenn ich sagte, dass wir gewöhnlichen, hilflosen Zuschauer des Krieges um Israel eine Zeitlang zuwenig an Vietnam dachten, so spielte doch bei einigen der Interessenten dieses Krieges Vietnam in ihren Überlegungen keine geringe Rolle. Für die Sowjetpolitiker musste es als Parallele zu Israel herhalten, das ebenfalls nur eine Figur im weltweiten Machtspiel des amerikanischen Imperialismus sei. Für die Amerikaner andererseits war Vietnam gewiss eine stete Mahnung, es nicht auch im Nahen Osten zu einem Dauer-gemetzel kommen zu lassen, schon im Hinblick auf die Gefahr, dass sich *hier* der unmittelbare Zusammenprall mit der Sowjetunion ereignen könnte, der bisher in Ostasien vermieden werden konnte. Wenn aber dieser Zusammenprall im Nahosten vermieden werden konnte, wenn die beiden Übermächte in dem Willen einig waren, den israelisch-arabischen Krieg auf seinen Herd beschränkt sein zu lassen, warum bekunden sie nicht offen und durch Taten ihren Willen, zwar nicht den Kriegsbrand in Vietnam begrenzt weiterwüten zu lassen, aber Vietnam seine Probleme selber lösen zu lassen, ohne fremde Einmischung, und das heisst vor allem ohne amerikanische Einmischung, ohne die der Krieg ja überhaupt nicht seine heutige Entsetzlichkeit angenommen hätte? Noch mehr aber: Warum zwingen nicht die *Völker* des Westens, die so ganz überwiegend mit Wucht ihre Verbundenheit mit Israel bekunden, ihre Regierungen dazu, einen Druck zugunsten des Rückzugs der Amerikaner aus Vietnam auszuüben? In der Israelkrise haben die Vereinten (?) Nationen jammervoll versagt. Sie haben sich aber doch dazu verstanden, die Kriegführenden zur sofortigen und gleichzeitigen Einstellung der Feindseligkeiten aufzufordern. Eric Descœudres klagt in der «Coopération» mit nur zuviel Recht: «Die Menschheit schaut ohnmächtig einem Krieg zu, der allein unter den Kindern bereits eine Million Opfer gefordert hat (250 000 Kinder getötet, 750 000 verbrannt oder verletzt). Eine Meldung aus Washington besagte am 27. April, dass *jede Minute* 1300 Kilo Bomben auf Vietnam abgeworfen würden. Und das geht so weiter!» Man sollte meinen, die Amerikaner hätten selbst die stärksten Gründe, dem Vietnamkrieg ein solches Ende zu machen, dass auch der Vietkong und

Nordvietnam damit einverstanden sein könnten. Dazu gehört freilich unter allen Umständen der Verzicht auf die Fortsetzung ihrer Luftangriffe auf Nordvietnam. U Thant, der Generalsekretär der UNO, wiederholte unlängst («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 2062), er bleibe überzeugt, dass eine Einstellung der Feindseligkeiten erst möglich sei, wenn sich die Amerikaner entschlössen, das «beschränkte Risiko» einer Einstellung der Bombenangriffe auf sich zu nehmen. Er trat dabei dem Argument, dass die Bombardierungen nördlich des 17. Breitengrades die Infiltration nordvietnamesischer Streitkräfte über die Demarkationslinie behinderten, mit der Feststellung entgegen, dass sich die Zahl der in Südvietnam stehenden regulären Truppen Hanois seit dem Beginn der Bombenangriffe *verfünffacht* habe.

Aber auch der Bodenkrieg in Südvietnam ist für die Vereinigten Staaten alles andere als ein im ganzen doch erträglicher Dienst ihrer Weltgendarmerie zur Aufrechterhaltung von «Ruhe und Ordnung» – lies: der Klassenherrschaft einer ausbeuterischen, rückschrittlichen Minderheit – in den Ländern, die einer *neuen*, gerechteren Wirtschafts- und Sozialverfassung zustreben. Nicht nur belasten die Kosten des Vietnamkrieges ihren Bundeshaushalt immer schwerer (trotz dem mehr als zweifelhaften Auftrieb, den der Krieg ihrer Wirtschaft gibt); auch ihre Menschenverluste machen sich allmählich recht bedenklich geltend, wurden doch nach eigenen amerikanischen Angaben gerade in den letzten Tagen beispielsweise zwei Züge der 173. Fallschirmbrigade bei 76 Toten und 25 Verletzten von einem nordvietnamesischen Bataillon vollständig vernichtet. Kein Wunder, dass General Walt, der Kommandant der USA-Marineinfanterie, damit rechnet, dass «amerikanische Soldaten noch während der nächsten 10 bis 15 Jahre in Vietnam gebraucht würden» und das «Befriedungsprogramm» der Washingtoner Regierung noch längere Zeit für seine Verwirklichung benötigen werde. Der Widerstand der nationalistisch-sozialfortschrittlichen Volksbewegung wird sich in Südvietnam eben auch nicht weniger tatkräftig und zäh erweisen als der Widerstand dieser Bewegung im Norden gegen die japanische und dann die französische Militärmacht. Und wenn schon die eigenen Hilfskräfte der vietnamesischen Volksarmeen nicht unerschöpflich sind, so bekommen diese Armeen doch laufend soviel Nachschub aus den Ländern des Sowjetblocks und wohl auch aus China, dass sie jeder Steigerung des amerikanischen Kriegseinsatzes mit einer entsprechenden Steigerung des eigenen Einsatzes antworten können.

Möchte doch eine durch alle Völker hindurchgehende Bewegung des Widerstandes gegen den Vietnamkrieg rasch so stark werden, dass sie sogar den hartgesottenen amerikanischen «Realpolitikern» Eindruck macht und sie endlich, endlich zu jenem «ehrenvollen» Rückzug aus dem Vietnamabenteuer veranlasst, den sie zwar immer als ihre einzige Absicht im Mund führen, zu dem durchzuringen sie aber bisher noch niemals wirklich die moralische Kraft aufgebracht haben.

Vom Kampf der schwarzen Amerikaner* In den Vereinigten Staaten selbst scheinen freilich gerade jetzt die Aussichten auf eine solche Widerstandsbewegung eher ungünstiger zu sein als bisher. Nach glaubhaften Berichten hat der Krieg um Israel im Volksbewusstsein alles andere, was sonst in der Welt geschieht, weit zurückgedrängt. Ja, die Kritiker des Vietnamkrieges seien der Regierung Johnson gegenüber augenblicklich milder gestimmt, weil sie trotz ihrem schnöden Verzicht auf allen Beistand an das in seinem einfachsten Lebensrecht bedrohte Israel immerhin auch den Arabern gegenüber «neutral» geblieben sei. Man kann aber sicher sein, dass mit fortschreitender Abnützung der auch nicht unerschöpflichen Kräfte der USA in Südostasien der Ruf nach Frieden mit Vietnam im amerikanischen Volk doch aufs neue hervorbrechen und seine Wirkung tun wird. Eine Bevölkerungsgruppe hat sowieso nie aufgehört, ihren Abscheu gegen den Vietnamkrieg deutlich zum Ausdruck zu bringen: die *amerikanischen Neger*, oder doch ihr am meisten «rassenbewusster» Teil. Dass ein so volkstümlicher Schwarzer wie der Boxer Cassius Clay, der sich geweigert hat, nach Vietnam zu gehen, und dafür mit langem Gefängnis und mit der Aberkennung seines Weltmeistertitels bestraft wurde, von seinen Rassengenossen doppelt gefeiert wird, ist jedenfalls ein Stimmungszeichen, das zu beachten die Regierenden gut täten. Präsident Johnson hat selbst einmal auf die Ursachen der Negeropposition gegen den Vietnamkrieg hingewiesen, als er zugab, dass die nordamerikanischen Neger (die etwa 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen) 22 Prozent der Vietnamkrieger stellten und ebenfalls mit 22 Prozent an den Gefallenenzahlen beteiligt seien. Man wird darum kaum fehlgehen, wenn man annimmt, dass die Rassenzusammenstösse in amerikanischen Grossstädten, die neuerdings mit Heftigkeit aufgeflammt sind, auch durch den Vietnamkrieg nur immer stärkeren Antrieb gewinnen.

Gegen diese Zuspitzung der Feindseligkeit zwischen Schwarzen und Weissen helfen auch keine Gebärden, wie sie Präsident Johnson kürzlich machte, indem er in dem hervorragenden Juristen und Bürgerrechtskämpfer *Thurgood Marshall* den ersten Neger ins Oberste Bundesgericht der USA berief. Sogar der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2590) warnte davor, sich einer Täuschung über die Wirkung dieser Ernennung auf die Neger in den Ghettos und Elendsvierteln der nordamerikanischen Städte hinzugeben. Diese Neger, so meinte er, «interessieren sich nicht für Uncle Toms, die mit den Weissen auskommen und von ihnen gefördert werden. Sie sind auf einer Entwicklungsstufe, auf der es ihnen alles bedeutet, dass sie schwarz sind, und auf der sie sich ihres Schwarzseins bewusst werden.» Das heisst aber – um es genauer zu sagen –, dass sie sich nicht mehr mit der *rechtlichen*, oft nur auf dem Papier bleibenden Gleichberechtigung von Negern und Weissen zufriedengeben; was sie mit immer wachsender Heftigkeit begehren, das ist *tatsächliche*, wirtschaftliche und

* Dieser Abschnitt wurde bereits vor den jüngsten blutigen Unruhen in Newark, Detroit usw. geschrieben. H. K.

soziale Gleichstellung mit den Weissen. Nicht Eingliederung in die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die eine leicht auszubeutende schwarze Proletarierklasse voraussetzt, sondern Befreiung dieses schwarzen Proletariats durch Umwälzung des ganzen Gesellschaftsbaus, auf dem seine Unfreiheit beruht! Was Marx und Engels im «Kommunistischen Manifest» ganz allgemein festgestellt haben, wenden die rassen- *und* klassenbewussten Neger Nordamerikas auch auf *ihre* Lage an: «Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne dass der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.» Anders ausgedrückt: Der Übergang von der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie, die rechtlich-politisch «Freiheit und Gleichheit» brachte, zur *sozialistischen* Demokratie beginnt sich auch in Amerika zu vollziehen. Nicht nur die Lage der unteren Schichten in den Vereinigten Staaten ganz allgemein ist im Vergleich zu derjenigen der Mittel- und Oberschicht von schreiender Ungerechtigkeit, sondern noch mehr die Lage des Negerproletariats. Sie ist, wie Leo Huberman in der «Monthly Review» (Maiheft) betont, «besonders verzweifelt». «Wenn du eine schwarze Haut hast, so bist du mehr (als mit weisser Haut) dazu veranlagt, bei der Geburt zu sterben, deine Krankheit verläuft eher tödlich, deine Lebenserwartung ist kürzer, dein Einkommen wird viel niedriger sein, das Haus, in dem du wohnst, wird minderwertiger sein, die Ausbildung, die du bekommst, wird schlechter sein, deine Aussicht, einen Arbeitsplatz zu bekommen und zu behalten, wird schmaler sein.»

Es ist nicht zu verwundern (und die weissen Amerikaner können sich am wenigsten darüber beklagen), dass in den USA-Negern ein *umgekehrter* Rassenfanatismus erwacht ist. Seinen radikalsten Ausdruck hat er in der «Black-power»-Bewegung gefunden, die «Alle Macht den Schwarzen!» verlangt und von der an dieser Stelle schon wiederholt die Rede war. Es ist eine phantastische, abenteuerliche Bewegung, die mit einer blutigen Revolution spielt und besonders bei der jungen Generation der (grossenteils arbeitslosen) Neger viel Anhang findet. Die besonneneren Negerführer wissen freilich, dass auf diesem Weg nichts Gutes zu erreichen ist. Die Neger sind eine so hoffnungslose Minderheit, dass sie es nicht auf einen bewaffneten Gesamtkampf mit den Weissen ankommen lassen dürfen, denen der ganze brutale Machtapparat der herrschenden Klasse zu Gebot steht. Aber in dem Mass, wie sich die Neger mit der *sozialistischen Linken* verbünden werden, die nach allen Anzeichen im Entstehen begriffen ist und die sogar wieder in den Gewerkschaften Fuss zu fassen beginnt, in dem Masse werden auch die besonderen Anliegen der amerikanischen Neger zu ihrem Recht kommen. Revolutionäre *Geduld*, nicht kopflose Draufgängerei wird mit den anderen niedergehaltenen Bevölkerungsschichten der Vereinigten Staaten auch das Negerproletariat – dieses Kolonialvolk auf USA-Boden – zu einem menschenwürdigen Leben emporführen.

Die beiden Deutschland

In den zwei Staaten Deutschlands hat der Nahostkrieg einen sehr verschiedenen

Widerhall gefunden. In der *Bundesrepublik* hat man sich bekanntlich im Bewusstsein der fast unsühnbaren Schuld, die die Deutschen mit der Duldung von Hitlers Judenmorden auf sich geladen haben, mit Israel mehr oder weniger anständig arrangiert und dadurch freilich die Araber vor den Kopf gestossen. So ist man denn auch beim Ausbruch des israelisch-arabischen Krieges amtlich wenigstens neutral geblieben, obschon die grosse Bevölkerungsmehrheit unzweifelhaft auf der Seite Israels stand und steht. Anders die *Deutsche Demokratische Republik*. Die Regierung Ulbricht hatte nichts Eiligeres zu tun, als im Gefolge der Sowjetunion die Israeli als Angreifer zu brandmarken und die schlichte Wiederherstellung des Vorkriegszustandes zu verlangen. Sie hatte dazu – ausser der Hörigkeit gegenüber Moskau – zwei besondere Gründe. Vor allem wollte sie sich damit die rechtliche Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten erkaufen, mit der es noch immer harzt. Sodann aber gedachte sie mit ihrer Parteinahme für die Araber auch neuen Agitationsstoff gegen Westdeutschland zu gewinnen, das angeblich im Bund mit dem britisch-amerikanischen Ölkapitalismus Israel gegen die Freiheitsbewegung der arabischen Völker aufgehetzt habe. (Wobei natürlich verschwiegen wird, dass nicht Israel, sondern Ägypten schon seit Jahren ein beliebtes Tätigkeitsfeld westdeutscher Atombombenspezialisten ist...)

Die ganze Haltung der ostdeutschen Regierung zum Nahostkonflikt ist denkbar abstossend. Von einem Verständnis dafür, dass für die DDR gegenüber dem Staat Israel mindestens Schweigen erste Anstandspflicht wäre, bemerkt man keine Spur. Die linkssozialdemokratische «Frankfurter Rundschau» schrieb denn auch mit Fug und Recht: «Schliesslich sind die Verbrechen am jüdischen Volk nicht nur von Menschen begangen worden, die heute westlich der Zonengrenze leben... Freilich darf man sich dann aber nicht in der SED (der kommunistischen Staatspartei in der DDR) wundern, wenn jüdische Opfer des Faschismus andeuten, dass die DDR in diesem Punkte der wahre Nachfolgestaat des Dritten Reiches ist. Weder die polnische noch die tschechoslowakische Regierung ist bei ihrem Werben um die Gunst der arabischen Staaten so weit gegangen wie die DDR.»

Die Ostberliner Nahostpolitik ist um so törichter, als sie natürlich auch die Bemühungen der DDR um die Einigung Deutschlands auf einer auch für den östlichen Teilstaat annehmbaren Grundlage neuerdings durchkreuzt. Sie trägt erst recht dazu bei, dass sich die beiden Deutschland je länger, je mehr auseinanderleben, wobei in Westdeutschland mit gutem Grund das Gefühl vorwaltet, in *dieser* Frage – für oder gegen Israels Lebenskampf – sei man auf dem besseren Weg. Das Gefühl der moralischen Überlegenheit der Bundesrepublik über die ostdeutsche «Realpolitik» in Sachen Israel dürfte sich um so mehr verstärken, als die Bonner Regierung anscheinend im Begriff steht, der DDR auch in der Frage der *deutschen Ostgrenzen* «den Donner zu stehlen». Es nimmt einen tatsächlich wunder, wie wenig internationales Aufsehen es erregt, dass an einer Riesenkundgebung «heimatvertriebener» Schlesier in München am 25. Juni der Minister für gesamtdeutsche Fragen, der Sozialdemokrat Wehner, den Polen gegenüber die Versicherung

abgab: «Solange die Grenze so ist wie jetzt, wird sie *nicht angetastet*. Wenn beide Völker in einer europäischen Ordnung den Rahmen ihres Zusammenlebens gefunden haben, werden beide Seiten aus Überzeugung und Erfahrung auch ihre Grenzverhältnisse nicht mehr als Streitfragen betrachten.» Und der CSU-Bajuwarenhauptling Strauss rief womöglich noch deutlicher aus, nur ein Narr oder verbrecherischer Demagoge könne den Schlesiern Versprechungen machen, dass wieder einmal ein deutsches Reich entstehen werde, in dessen Grenzen sie an ihre alten Wohnorte zurückkehren könnten. (Wozu sie überhaupt keine Lust hätten, geht es ihnen doch in ihrer erdrückenden Überzahl in der neuen Heimat ganz ausgezeichnet.)

Das sind entschieden neue Töne. Die Oder-Neisse-Grenze unantastbar, das «Sudetenland» abgeschrieben ... wenn die beiden Bonner Minister das wirklich ernst meinen und nicht auf Hitlers Spuren die Nachbarn bloss einschläfern wollen, dann kann man wohl bald von einer *wirklich* neuen westdeutschen Osteuropapolitik reden, die über die bisherige Schlaumeierei der Kiesinger, Brandt und Schröder hinausführen müsste. Der DDR würde damit eine besonders wirksame Propagandalosung weggenommen: der Anspruch, die Alleinvertretung des deutschen Kampfes gegen den Revanchismus zu haben, der die Grenzen von 1937 (wenn nicht von 1914) wiederherstellen will. Dann müsste freilich auch die westdeutsche Kriegsrüstung planmässig abgebaut werden, die ja nicht der Abwehr eines drohenden Angriffs der Oststaaten auf die Bundesrepublik gilt, sondern der Erpressung polnisch-tschechoslowakisch-sowjetischer Zugeständnisse in der Grenzfrage, wenn nicht dem Gesamtumsturz der Macht- und Grenzverhältnisse, wie sie aus der Niederlage des Dritten Reiches hervorgegangen sind. Das ist jedenfalls die Logik, die innere Vernunft der neuen Erklärungen massgebender Bonner Regierungsmitglieder über die Ostgrenzen Deutschlands. Politik wird zwar meistens mit allem anderen eher gemacht als mit Vernunft. Aber wenn man doch noch einiges Zutrauen zu der Fähigkeit der deutschen Politiker hat, endlich die Tatsachen der Weltgeschichte zur Kenntnis zu nehmen, dann kann man immerhin mit grösseren Hoffnungen als bisher der künftigen Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses in Europa entgegensehen.

2. Juli 1967

Hugo Kramer

Unsere Herbsttagung

Am 24. September findet unsere Herbsttagung in Zürich statt, wie üblich im Haus des VHTL, 9 Uhr vormittags.

Thema: Unser Standpunkt in der Nahostkrise

Es sprechen Herr Pfarrer Herbert Hug, Oltingen, und als Korreferent M. René Bovard, Genf.

Wir bitten unsere Freunde und weitere Interessenten herzlich, den 24. September für diese wichtige Diskussion und Standortbestimmung zu reservieren.

Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz
Freunde der «Neuen Wege»